

Analyse

Der estnische Denkmalstreit und die Beziehungen zwischen Russland und den baltischen Staaten

Von Veiko Spolit, Universität Helsinki und Riga Stradins Universität

Zusammenfassung

Die Beziehungen Estlands und Lettlands mit Russland sind traditionell deutlich angespannter als die litauischen, unter anderem weil es in beiden Ländern eine große ethnisch russische Minderheit gibt. Der aktuelle Denkmalstreit zwischen Estland und Russland ist in diesem Zusammenhang nur ein Konfliktpunkt unter mehreren. Die Entwicklung wird in den baltischen Staaten auch im Kontext einer zunehmend selbstbewußteren russischen Außenpolitik gesehen, die sich auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion als regionale Großmacht versteht.

Einleitung

Die Beziehungen zwischen den drei baltischen Staaten und Russland sind durch unterschiedliche Geschichtsinterpretationen und den Status von ethnischen Minderheiten, vor allem in Estland und Lettland, geprägt. Während in den 1990er Jahren der russische Präsident Boris Jelzin versuchte, Russlands Platz in der internationalen Arena neu zu bestimmen, verfolgten die estnischen, lettischen und litauischen politischen Eliten die Strategie, sich westlichen Sicherheitsbündnissen und wirtschaftlichen Organisationen anzuschließen. Anfang der 1990er Jahre hätte niemand vorhergesagt, dass die drei baltischen Staaten 2004 der NATO beitreten würden und dass im November der erste NATO-Gipfel in Riga, also auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR, stattfinden würde.

Wenn man neue Entwicklungen in den Beziehungen zwischen den drei baltischen Staaten und Russland bewerten will, muss man zwischen Estland, Lettland und Litauen differenzieren. Litauen hatte traditionell gute Beziehungen zu Russland, die allerdings in letzter Zeit getrübt wurden. Zum einen hat Litauen die Mazeikiu-Nafta-Raffinerie an eine polnische Firma und nicht an die russischen Interessenten verkauft. Zum anderen verhält sich Litauen solidarisch mit dem traditionellen Verbündeten Polen, der sein Veto gegen die Verhandlungen zum Partnerschafts- und Kooperationsvertrag zwischen der EU und Russland eingelegt hat.

Die Beziehungen Estlands und Lettlands mit Russland sind traditionell deutlich angespannter, unter anderem weil es in beiden Ländern eine große ethnisch russische Minderheit gibt. Der aktuelle Denkmalstreit zwischen Estland und Russland ist in diesem Zusammenhang nur ein Konfliktpunkt unter mehreren. Ein langjähriges Problem ist das Fehlen von Grenzverträgen mit Russland.

Grenzverträge mit Russland

Die estnische politische Elite hoffte, dass die Grenzvereinbarung, die im November 2005 zwischen Estland und Russland unterzeichnet wurde, von Dauer sein würde. Da das estnische Parlament bei der Ratifizierung aber eine Präambel ergänzte, lehnte die russische Staatsduma die Ratifizierung ab, so dass der Grenzvertrag nicht gültig wurde. Auch ein lettischer Versuch, 2005 eine vertragliche Regelung der gemeinsamen Landesgrenzen mit Russland zu erreichen, scheiterte. Eine Unterzeichnung kam damals wegen innenpolitischer Konflikte nicht zustande.

Die lettische Regierung nahm dann im Herbst 2006 einen neuen Anlauf. Die Vorbereitungen für die Unterzeichnung der Grenzvereinbarung mit Russland waren jedoch zäh und führten zu ernststen innenpolitischen Diskussionen. Die Debatte wurde durch die beispiellose Entscheidung der lettischen Präsidenten Vaira Vika Freiberga unterbrochen, am 10. März 2007 ihr Veto gegen das Gesetz über Sicherheitsorganisationen einzulegen. In Reaktion darauf bevollmächtigte die lettische Regierung den Premierminister, die Grenzvereinbarung mit Russland zu unterzeichnen, was am 27. März in Moskau geschah. Die Ratifizierung steht allerdings noch aus. Während sich also die russisch-lettischen Beziehungen anscheinend verbessern, verschlechtern sich die Beziehungen zwischen Estland und Russland. Eine Ursache hierfür liegt in der unterschiedlichen politischen Landschaft der beiden baltischen Staaten.

Die politische Landschaft

Bei den diesjährigen Parlamentswahlen in Estland erreichte die Reformpartei des Ministerpräsidenten Andrus Ansip mit 31 von 101 Parlamentssitzen ihr bisher bestes Ergebnis. Die Reformpartei hatte sich im Wahlkampf als Verteidigerin der nationalen Interes-

sen positioniert. Das gute Abschneiden der Reformpartei bedeutete, dass sie ohne die Zentrums- und die 29 Sitze erhielt, eine Regierung bilden konnte. Die Zentrums- und die Partei der linksgerichteten und zunehmend auch der russischen Wähler. Außerhalb ihrer Anhängerschaft wird die Partei jedoch sehr negativ gesehen, unter anderem wegen ihres umstrittenen Vorsitzenden Edgar Savisaar, der ein Kooperationsabkommen mit der russischen Partei der Macht, „Einiges Russland“ abgeschlossen hat.

Während die Wahlen in Estland so eine Polarisierung zwischen den national-estnischen Parteien, die die Regierung bilden, und der russlandnahen Opposition bewirkten, brachten die lettischen Parlamentswahlen im letzten Herbst die politische Elite wieder zusammen und schufen Chancen für verbesserte Beziehungen mit Russland. Die aus Volkspartei, Union von Grünen und Bauern und der christlichen Ersten Partei bestehende Regierungskoalition konnte sich behaupten und bezog außerdem die nationalistische Partei „Für Vaterland und Freiheit“ als Juniorpartner in die Regierungskoalition ein. Da es in Lettland keine Parteien der russischsprachigen Einwohner gibt, die eine offene pro-Kreml-Politik betreiben, ist die entsprechende Polarisierung in der Politik nicht so ausgeprägt wie in Estland.

Unterschiedliche Sichtweisen

Seit der EU-Erweiterung testet Russland intensiv die Reaktionen von EU und NATO. Nach der Erweiterung der beiden Organisationen möchte Russland sehen, ob die Mitglieder von EU und NATO sich auch gegen Russland wenden würden, um die neuen Mitgliedsstaaten zu verteidigen. Dazu werden sowohl innenpolitische Schwächen als auch die ethnisch russischen Minderheiten instrumentalisiert.

Moskau verlangt so mehr Rechte für die russische Minderheit. Obwohl der Europarat und die OSZE die lettischen und estnischen Sprach-, Bildungs- und Einwanderungsgesetzgebung positiv bewertet haben, bringt Russland das Problem der so genannten Russischsprachigen so oft wie möglich in internationalen Foren zur Sprache. (Zur Lage der russischen Minderheit in Estland siehe auch die Dokumentation ab Seite 3)

Ein weiterer Konfliktpunkt sind die gegensätzlichen Geschichtsbilder insbesondere bezüglich des Zweiten Weltkrieges. Während Russland die Sowjetunion als Befreier des Baltikums vom Faschismus sieht, sprechen die Balten vom Austausch eines totalitären Systems gegen ein anderes. Auch das Gedenken an lettische und estnische Soldaten, die im Zweiten Weltkrieg für die deutsche Wehrmacht kämpften, trübt regelmäßig die Beziehungen zwischen Riga, Tallinn und Moskau.

Der Denkmalstreit

Die estnische Regierung hatte beschlossen, ein Denkmal für die im Zweiten Weltkrieg gefallenen Soldaten der Roten Armee zusammen mit einigen Soldatengräbern aus dem Stadtzentrum von Tallinn auf einen Friedhof zu verlegen. Dies war ein Wahlkampfversprechen der Reformpartei. Am Tag der Demontage des Denkmals kam es in Tallinn zu Ausschreitungen. Es gab mehrere Gründe, warum Menschen, die der Roten Armee gedenken wollten, und junge Vandalen am 28. April 2007 in der estnischen Hauptstadt auf die Straße gingen und gewalttätige Auseinandersetzungen provozierten. (Zum Ablauf der Ereignisse siehe die Chronik auf Seite 4)

Erstens war das Denkmal ab 2005 sowohl für estnische als auch für russische Radikale Symbol einer vergangenen Ära. Während das Denkmal für die Esten das Symbol von fünfzig Jahren sowjetischer Besatzung ist, ist es in den Augen der russischsprachigen Bevölkerung ein Symbol für die Rolle der Roten Armee als Befreier vom Faschismus. Die Tatsache, dass die Nazis 1944 Tallinn kampflos verließen und dass es ein kurzlebiges estnisches Interregnum vor der Errichtung des sowjetischen Regimes gab, ist den russischen Immigranten in Estland nicht bekannt. Geschichte wird in estnisch- und russischsprachigen Schulen unterschiedlich gelehrt.

Es gab vor den estnischen Parlamentswahlen im März 2007 sogar eine gemeinsame TV-Sendung („Telebrücke“) zwischen Moskau und Tallinn über die Symbolik des Denkmals, diese Sendung wurde aber von nationalistischen Parteien in Russland und von den selbsternannten Verteidigern des Tallinner Denkmals, die „Nachtwache“ (Notschnoi dosor) zu Propagandazwecken missbraucht. Aktivitäten der „Nachtwache“ wurden mit Diplomaten der russischen Botschaft koordiniert.

Zweitens war die Entscheidung des estnischen Ministerpräsidenten Andrus Ansip, das Denkmal gerade vor den Feiern zum Ende des Zweiten Weltkrieges am 8. bzw. 9. Mai umzusetzen, taktisch unklug. Drittens lag ein Grund für den plötzlichen Ausbruch der Unruhen in den außenpolitischen Spannungen mit Russland, die oben dargestellt wurden.

Der estnischen Regierung war all dies bekannt. Daher ist die wichtigste Frage heute, warum Premierminister Ansip den Entschluss fasste, das Denkmal vor den Feiern zum 9. Mai zu verlagern. Die außenpolitischen Berater des estnischen Ministerpräsidenten müssen gewusst haben, dass die heroische Rolle der sowjetischen Roten Armee im Großen Vaterländischen Krieg sehr zur modernen russischen Identitätsbildung beiträgt. Daher hätte

die Entscheidung, sowjetische und damit russische Kriegssymbole auf dem Territorium eines ehemaligen Vasallenstaates zu entfernen, auf jeden Fall zu starken verbalen Reaktionen geführt, gerade im Kontext des aktuellen russischen außenpolitischen Diskurses der Einkreisung durch den Westen. Die Entscheidung, ein so mächtiges Symbol vor den Feiern zum 9. Mai zu entfernen, zeigt die taktische Fehlleistung des estnischen Ministerpräsidenten.

Resümee

Der innenpolitische Preis für die voreilige Entscheidung des Ministerpräsidenten ist eine erneute Teilung der Gesellschaft entlang ethnischer Grenzen. Das Land wird nicht über Nacht in eine multikulturelle Gesellschaft verwandelt, die Regierung sollte diesen Prozess deshalb vorsichtig vorantreiben, anstatt Konflikt zu provozieren.

Außenpolitisch gesehen diente Estland als Lackmustest für die traditionelle russische Politik des „*divide et impera*“ und den Wunsch, sich als Großmacht zu behaupten. Der Kreml benutzt sowje-

tische Propaganda, um seine Nachbarn einzuschüchtern und die EU zu teilen. Das Unvermögen Russlands, die wahre Natur des stalinistischen Regimes zu akzeptieren, forciert allerdings nur die Integration der europäischen Staaten.

Die Tatsache, dass die estnischen, lettischen und litauischen demokratischen Regierungen Fehler machen, könnte Nachbarländer in die Versuchung führen, diese Fehler zum eigenen Vorteil auszunutzen. In Anbetracht der Größenunterschiede von Territorium und Bevölkerung zwischen den baltischen Staaten und Russland sieht es so aus, dass die russische Regierung ihre auswärtige Glaubwürdigkeit als zivile Macht verliert, um den Anforderungen der Innenpolitik Genüge zu tun. Es scheint, als ob der „baltische Lackmustest“ zur Überprüfung der russischen Demokratie, so eine Formulierung des ehemaligen schwedischen Ministerpräsidenten Carl Bildt, immer noch seine Gültigkeit hat.

*Übersetzung aus dem Englischen:
Matthias Neumann*

Über den Autoren:

Veiko Spolitist ist Dozent an der Riga Stradins Universität und Doktorand an der Universität Helsinki.

Lesetipp:

Eva-Clarita Onken: The Baltic States and Moscow's 9 May Commemoration. Analysing Memory Politics in Europe, in: Europe-Asia Studies, Jg. 59, No. 1 (Januar 2007), S. 23–46

Chronik

Chronik der Ereignisse im estnisch-russischen Denkmalstreit

10.1.2007	Das estnische Parlament (Riigikogu) verabschiedet das umstrittene Gesetz zum Schutz von Kriegsgräbern mit den Stimmen von Reformpartei, Sozialdemokratischer Partei, Res Publica und Isamaaliit (66 Ja-Stimmen gegen 6 Nein-Stimmen). Das Gesetz erlaubt die Umbettung von im Zweiten Weltkrieg gefallenen Soldaten und die Entfernung eines Denkmals für Gefallene der Roten Armee aus der Stadtmitte Tallinns.
11.1.2007	Der estnische Präsident Toomas Hendrik Ilves unterzeichnet das Gesetz, das damit in Kraft tritt.
16.1.2007	Der russische Außenminister Sergej Lawrow bezeichnet eine etwaige Entfernung des Denkmals für die Gefallenen der Roten Armee („Bronzener Soldat“) aus der Stadtmitte Tallinns als „Gotteslästerung“.
17.1.2007	Die russische Staatsduma diskutiert eine Resolution zum estnischen Gesetz. Vor der Debatte wird der Vorsitzende des Außenpolitischen Komitees, Konstantin Kosatschow, mit den Worten zitiert, die Duma würde das Gesetz als „weiteres Kapitel der ‚Heroisierung‘ des Nazismus“ bezeichnen. Es verlautet, die Verhängung von Wirtschaftssanktionen gegen Estland sei möglich, auch könnte das estnische Gesetz im Europarat diskutiert werden.
18.1.2007	Das estnische Konsulat in St. Petersburg wird mit schwarzer Farbe beschmiert. Aktivisten der National-Bolschewistischen Partei übernehmen die Verantwortung.